



An den Grossen Rat

17.0541.01

GD/P170541

Basel, 12. April 2017

Regierungsratsbeschluss vom 11. April 2017

Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel: Information über die Rechnung 2016

Gemäss § 11 des Gesetzes über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (Öffentliche Spitäler-Gesetz, ÖSpG [SG 331.100]) vom 16. Februar 2011 nimmt der Regierungsrat Kenntnis vom Bericht der Revisionsstelle, genehmigt auf Antrag des Verwaltungsrates die Jahresrechnung und entscheidet auf Antrag des Verwaltungsrates über die Verwendung des Bilanzgewinns der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK). Der Regierungsrat bringt anschliessend die Jahresrechnung dem Grossen Rat zur Kenntnis.

Die Finanzberichterstattung wird ab der Jahresrechnung 2016 einheitlich über alle Beteiligungen des Gesundheitsdepartements durch Mindestvorgaben in der Gliederung sowie zu Kennzahlen vereinheitlicht. Die Hauptkapitel sind: 1. Lagebericht, 2. Corporate Governance, 3. Jahresabschluss. Die Berichterstattung folgt dieser Gliederung zur guten Les- und Vergleichbarkeit.

1. Lagebericht

Die UPK erzielten im Geschäftsjahr 2016 ein Jahresgewinn von 0.651 Mio. Franken. Bei weiterhin hoher durchschnittlicher Auslastung stiegen die stationären Pflégetage geringfügig an, jedoch war die durchschnittliche Aufenthaltsdauer weiterhin leicht rückläufig. Im ambulanten Bereich stiegen sowohl die Anzahl Behandlungstage wie auch die abgerechneten Taxpunkte an. Das finanzielle Ergebnis fiel aufgrund höherer Rückstellungen für flexibel beziehbare Ferientage und die Umstellung der Pensionskasse auf das Beitragsprimat sowie weiterer Kürzungen der Gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) insgesamt tiefer aus als im Vorjahr.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die wichtigsten Kenngrössen der Jahresrechnung 2016 und den Vorjahresvergleich.

Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel	2016	2015
Erfolgsrechnung in TFr.		
Betrieblicher Ertrag	142'546	153'462
Betrieblicher Aufwand ohne Abschreibungen	-136'303	-133'027
EBITDAR	8'793	11'694
EBIT	309	3'024
(+) Gewinn/(-) Verlust	651	3'203
Bilanz		
Eigenfinanzierungsgrad (in %)	63.8%	66.0%
Personal		
FTE	855	852
Anzahl Mitarbeitende	1'193	1'270
FTE (Drittmittel)	52	44
Leistungen		
Pflegetage	109'956	109'720
davon BS	69.6%	69.3%
Taxpunkte TARMED	11'350'000	11'060'000

Am Bilanzstichtag weisen die UPK durchschnittlich 855 Stellen (Vorjahr: 852) bzw. per Ende 2016 1'193 Mitarbeitende (Vorjahr: 1'270) in der Versorgung aus. Zusätzlich werden durchschnittlich 52 Stellen (Vorjahr: 44 Stellen) über Drittmittel finanziert.

Im Jahr 2016 erfolgten in den UPK 109'956 (Vorjahr: 109'720) abrechnungsrelevante Behandlungstage. Davon entfielen 89.7% auf die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP bzw. KVG) und 10.3% auf Zusatzversicherungen. Rund 28% aller behandelten stationären Patientinnen und Patienten stammten aus einem anderen Kanton, 2.4% waren Personen mit Wohnsitz im Ausland. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ging von 34.6 auf 34.0 Tage zurück. Die Anzahl von Behandlungen in den Tageskliniken sowie in den Spezialsprechstunden stieg um 13.5% gegenüber dem Vorjahr. 2016 wurden im ambulanten Bereich 11.35 Mio. TARMED Taxpunkte (Vorjahr: 11.06 Mio.) verrechnet.

Die UPK erwarten ein herausforderndes Geschäftsjahr 2017 mit entsprechendem Druck auf das operative Ergebnis. Im Hinblick auf die Einführung der gesamtschweizerischen Tarifstruktur für die stationäre Psychiatrie (TARPSY) müssen die dazugehörigen Grundlagen geschaffen werden. Hinzu kommt die im Rahmen der Bundesstrategie eHealth Schweiz geforderte Einführung des elektronischen Patientendossiers.

Für die Jahre 2017-2020 haben die UPK ihre Strategie überarbeitet. Gemäss dieser werden die UPK ihre Bemühungen fortsetzen, ihren Patientinnen und Patienten bestmögliche und auf ihren Bedarf zugeschnittene Behandlungen effizient und in bester Qualität anzubieten und gleichzeitig dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit gerecht zu werden. Patienten und Patientinnen sowie ihre Angehörigen werden dabei konsequent in die Behandlungskonzepte einbezogen. Zudem sollen durch ein vorbildliches Führungsverhalten und einen respektvollen Umgang miteinander alle Mitarbeitenden zu Botschaftern für den Umgang mit psychischen Störungen werden.

Im 2016 konnten sich die UPK mit den Initianten der Volksinitiative „Eine Kinder und Jugendpsychiatrie im Herzen der Stadt“ darauf einigen, die stationären Behandlungen der Kinder und Jugendlichen in einem Neubau auf dem Campus der UPK anzubieten. Die Ambulanz wird somit per Mitte 2017 vom Schaffhauser Rheinweg an die Kornhausgasse in Basel unziehen, wo sich bereits die anderen ambulanten Angebote der UPK befinden. Ein weiterer Schwerpunkt wird daher im Vorantreiben der Planung des Neubaus der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik sowie auf den Umzug der Poliklinik gesetzt.

1. Corporate Governance

Der Verwaltungsrat ist das oberste geschäftsleitende Organ des Unternehmens. Der Regierungsrat wählt die Verwaltungsratsmitglieder und genehmigt deren Entschädigung. Diese setzt sich aus einem fixen und einem aufwandsabhängigen Teil zusammen. Die Gesamthöhe der Entschädigung an den Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2016 beläuft sich auf 0.320 Mio. Franken.

Die Mitglieder der Geschäftsleitung werden vom Verwaltungsrat ernannt. Die Direktorin der UPK (CEO) steht der Geschäftsleitung vor und ist gegenüber den übrigen Geschäftsleitungsmitgliedern weisungsberechtigt. Die Bruttolohnsumme aller Geschäftsleitungsmitglieder beläuft sich für das Jahr 2016 auf 2.507 Mio. Franken. Seit 2016 vereinnahmen die klinisch tätigen Ärztinnen und Ärzte der Geschäftsleitung keine Privathonorare mehr.

2. Jahresabschluss 2016

Die UPK schliessen das Berichtsjahr 2016 bei einem Gesamtumsatz von 142.5 Mio. Franken (Vorjahr: 153.5 Mio. Franken) mit einem Jahresgewinn von 0.651 Mio. Franken (Vorjahr: 3.203 Mio. Franken) ab. Dies entspricht einer Umsatzrendite von 0.5% (Vorjahr: 2.1%). Obwohl der Nettoerlös aus Lieferungen und Leistungen gegenüber dem Vorjahr um 3.5 Mio. Franken gesteigert werden konnte, fielen die weiteren betrieblichen Erträge tiefer aus. Dies ist mit einer Erbschaft im Umfang von 9.7 Mio. Franken im Jahr 2015 sowie der Kürzung der GWL betreffend Lehre und Forschung vom Kanton Basel-Stadt im Umfang von 5.7 Mio. Franken zu erklären.

Der Betriebsertrag beträgt 142.5 Mio. Franken (Vorjahr: 153.5 Mio. Franken), davon stammen 93.3 Mio. Franken (Vorjahr: 90.7 Mio. Franken) aus Bruttoerlös stationär, 11.7 Mio. Franken (Vorjahr: 11.3 Mio. Franken) aus Bruttoerlös ambulant und 15.6 Mio. Franken (Vorjahr: 14.7 Mio. Franken) aus Bruttoerlös übrige. Es fielen zudem 1.3 Mio. Franken Erlösminderungen und 23.3 Mio. Franken aus anderen betrieblichen Erträgen an, insbesondere für GWL (8.2 Mio. Franken; Vorjahr: 13.8 Mio. Franken) sowie für Lehre und Forschung (8.3 Mio. Franken; Vorjahr: 8.2 Mio. Franken). Aus Sicht der Finanzierungsstruktur stammte der Betriebsertrag zu rund 62% von Dritten für Behandlungsleistungen, zu 6% von der Universität für Lehre und Forschung sowie zu 32% aus Beiträgen des Kantons Basel-Stadt für den Kantonsanteil stationärer Behandlungen gemäss KVG, den Massnahmenvollzug und GWL.

Der Betriebsaufwand exkl. Abschreibungen von -136.3 Mio. Franken (Vorjahr: -133.0 Mio. Franken) besteht zu 81% aus dem Personalaufwand, 4% aus dem medizinischen Bedarf und 15% aus dem restlichen Sachaufwand. Die Abschreibungen betragen -6.9 Mio. Franken (Vorjahr: -7.0 Mio. Franken).

3. **Genehmigung Jahresrechnung und Verwendung Bilanzgewinn**

Der Regierungsrat hat die Jahresrechnung 2016 der UPK genehmigt und den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis genommen. Der Bilanzgewinn der UPK wird im Betrag zu 0.651 Mio. Franken an die Gewinnreserven zugewiesen.

Sie erhalten zu Ihrer Kenntnisnahme den Finanzbericht der UPK.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Beilage

Finanzbericht UPK (inkl. Revisionsbericht)

FINANZ BERICHT

2016



INHALTS- VERZEICHNIS

Kennzahlen	3
Umfeldentwicklung	4
Geschäftsentwicklung	5
Ausblick	7
Corporate Governance	8
Kapitalstruktur	9
Organe der Universitären Psychiatrischen Kliniken	10
Risikomanagement	12
Informationspolitik	13
Aufsicht durch den Regierungsrat	14
Antrag auf Verwendung des Bilanzgewinnes	15
Bilanz	16
Erfolgsrechnung	17
Geldflussrechnung	18
Eigenkapitalnachweis	19
Anhang zur Jahresrechnung	20
Erläuterungen zur Bilanz	27
Erläuterungen zur Erfolgsrechnung	36
Transaktionen mit nahestehenden Personen und Organisationen	39
Zusatzinformationen	40
Revisionsbericht	42

KENNZAHLEN

	2016	2015	Veränderung
Stationäre Pflage tage	109 956	109 720	0.2 %
Anteil Basel-Stadt	69.6 %	69.3 %	0.3 %
Anteil Baselland	13.6 %	13.6 %	0.0 %
Anteil restliche Schweiz	14.4 %	15.6 %	-1.1 %
Anteil Ausland	2.4 %	1.6 %	0.8 %
Anteil Allgemeinversicherte	89.7 %	89.7 %	0.0 %
Anteil Zusatzversicherte	10.3 %	10.3 %	0.0 %
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (Tage)	34.0	34.6	-1.7 %
Bettenbelegung ¹	97.6 %	97.6 %	0.0 %
Ambulante Taxpunkte in Mio. (TARMED)	11.35	11.06	2.7 %
Anzahl Mitarbeitende Total UPK per 31.12.	1 193	1 270	-6.1 %
Anzahl Vollzeitstellen Total UPK Ø	855	852	0.4 %
Anzahl Vollzeitstellen Drittmittel Mitarbeitende Ø	52	44	18.2 %
Anzahl Schüler/Lernende per 31.12. ²	78	51	52.9 %
Anzahl Vollzeitstellen Schüler/Lernende Ø ²	55	41	33.7 %
Nettoumsatz (in TCHF) ³	142 546	153 462	-7.1 %
Jahresgewinn (in TCHF)	651	3 203	-79.7 %
Bilanzsumme (in TCHF)	157 234	154 035	2.1 %
Eigenkapital (in TCHF)	100 355	101 613	-1.2 %
Eigenfinanzierungsgrad	63.8 %	66.0 %	-3.2 %
EBITDAR (in TCHF)	8 793	11 694	-24.8 %
EBITDAR-Marge in %	6.2 %	7.6 %	-1.5 %
EBIT (in TCHF)	309	3 024	-89.8 %
EBIT-Marge in %	0.2 %	2.0 %	-1.8 %

¹ Die Anzahl Betten wurde gegenüber 2015 nicht erhöht.

² Nicht im Total UPK enthalten.

³ 2015 beinhaltet Erbschaft in Höhe von CHF 9.7 Mio.
2016 GWL Kürzung in Umfang von CHF 5.7 Mio.

Die UPK sind mit ihrem qualitativ hochstehenden Leistungsangebot regional und national gut positioniert. Diese Position soll verstärkt werden durch institutionsübergreifende Kooperationen sowie die Erschliessung neuer Behandlungsangebote.

Im Bereich der Tarife konnte im Berichtsjahr mit allen Tarifpartnern eine Einigung über den stationären Tarif Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche erzielt werden. Gleichzeitig konnten auch die provisorischen stationären Tarife der Jahre 2012 bis 2015 mit einem Tarifpartner bereinigt werden. Im ambulanten Bereich ist ebenfalls mit allen Tarifpartnern eine Einigung betreffend den Taxwertpunkt TARMED erreicht worden.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 7. April 2014 zum Kantonsspital Luzern entschieden, dass der von den Versicherern angewandte Normabzug von 23 % für Lehre und Forschung nicht zulässig ist, sofern das Spital die effektiv anfallenden Kosten für Lehre und Forschung nachweisen kann. Gestützt auf diesen Entscheid, haben die UPK die effektiv angefallenen Kosten für Lehre und Forschung gegenüber den Tarifpartnern nachgewiesen. Der Kanton Basel-Stadt hat den gemeinwirtschaftlichen Beitrag für das Berichtsjahr 2016 für die ungedeckten Kosten für Lehre und Forschung reduziert.

Das tarifliche Umfeld ist für die UPK, wie auch für die übrigen Universitätsspitäler, herausfordernd. Die Tarifstruktur TARPSY, welche für die Abgeltung der stationären psychiatrischen Leistungen ab 1. Januar 2018 für Erwachsene, ab 1. Januar 2019 für Kinder und Jugendliche zur Anwendung kommen wird, bedarf einiger Anstrengungen und Anpassungen bis sie im klinischen Alltag umgesetzt werden kann.

1 | FINANZENTWICKLUNG

Die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) weisen ein positives Geschäftsergebnis von CHF 0.7 Mio. Gewinn aus.

Der «Nettoerlös aus Lieferungen und Leistungen» wurde von CHF 115.8 Mio. (2015) auf CHF 119.3 Mio. (2016) oder um CHF 3.5 Mio. gesteigert. Die «anderen betrieblichen Erträge» fielen im Vergleich zum Vorjahr tiefer aus. Dies ist mit einer Erbschaft im Umfang von CHF 9.7 Mio. im Jahr 2015 sowie der Kürzung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen für ungedeckte Kosten betreffend Lehre und Forschung vom Kanton Basel-Stadt im Umfang von CHF 5.7 Mio. zu erklären.

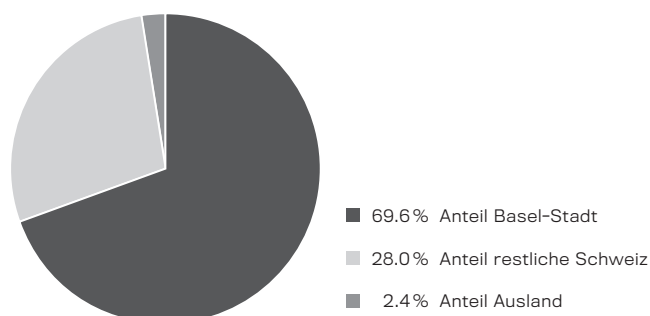
Der Betriebsaufwand betrug im Jahr 2016 CHF 143.2 Mio. oder wuchs um 2.3 % gegenüber dem Geschäftsjahr 2015. Die Mehrkosten sind auf die höheren Personalkosten zurückzuführen. Einerseits wuchs der Personalbestand um 17 Vollzeitstellen. Andererseits waren aufgrund des per 2016 in Kraft getretenen Gesamtarbeitsvertrags höhere Ferienrückstellungen notwendig, weil den Mitarbeitenden zu den Ferien und den gesetzlichen Feiertagen persönliche und flexible Freitag gewährt wurden, welche während 5 Jahren bis zu einem Maximum von 25 Tagen aufgespart werden können. Und schliesslich wurde auf den 1. Januar 2016 die Pensionskasse BS auf das Beitragsprimat umgestellt und festgelegt, dass bis mindestens zum 31.12.2024 sowohl Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (1.6 %) wie auch Arbeitgeber (5.0 %) Beiträge für die Stärkung des Deckungsgrads zu leisten haben.

2 | LEISTUNGSENTWICKLUNG

Die durchschnittliche Auslastung im stationären Bereich betrug 97.6 % und entspricht damit dem Vorjahreswert. Die Pfl egetage sind mit 109 956 Pfl egetagen um 236 Pfl egetage leicht gestiegen (Vorjahr 109 720).

Der Anteil Pfl egetage von ausserkantonalen Patientinnen und Patienten ging um -1.1 % zurück, dagegen ist der Anteil Pfl egetage baselstädtischer Patienten und Patientinnen um +0.3 % und der von ausländischen Patienten und Patientinnen um +0.8 % gestiegen.

HERKUNFT PFLEGETAGE



Der Anteil Pfl egetage zusatzversicherter Patienten und Patientinnen betrug wie bereits im Vorjahr 10.3% und ist damit unverändert.

Die tagesklinischen Leistungen stiegen im Berichtsjahr von 9550 Tagen auf 10841 Behandlungstage an.

Die ambulanten Taxpunkte (TARMED) konnten gegenüber dem Vorjahr von 11.06 Mio. auf 11.35 Mio. gesteigert werden.

3 | MITARBEITERENTWICKLUNG

Per 31.12.2016 waren in den UPK insgesamt 1271 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Dies entspricht 910 Vollzeitstellen. Von den 1271 Mitarbeitenden sind 35.1% vollzeitbeschäftigt, 64.9% arbeiten in Teilzeitmodellen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies, dass die UPK 50 Mitarbeitende weniger beschäftigten, die Vollzeitstellen aber um 17 Vollzeitstellen zugenommen haben.

Ein grosses Anliegen der UPK ist die Ausbildung von Nachwuchskräften im Pflege-, Medizinal- und kaufmännischen Bereich. Insgesamt absolvierten 2016 195 Mitarbeitende ihre Ausbildung in der UPK.

4 | INVESTITIONEN

Die UPK hat im Berichtsjahr 2016 CHF 12.4 Mio. in die Spitalinfrastruktur investiert. Das Projekt Umbau Küche im Ökonomiegebäude war dabei die Hauptinvestition.

Die Küche mit einer zum Teil über 40 Jahre alten Haustechnik und Kücheneinrichtung musste ersetzt werden. Im Projektverlauf wurde entsprechend der gesamte Ablauf neu analysiert und neu konzipiert. Als Resultat wurde ein Systemwechsel vom System «cook and serve» auf «cook & chill» umgestellt. Dies ermöglicht es, zeitunabhängiger Mahlzeiten zu kochen, die höchsten Hygieneanforderungen zu erfüllen und Mengenerhöhungen zu bewältigen. Logistisch wurde der ganze Prozess Wareneingang und Warenausgang auf einer Ebene eingerichtet.

Gleichzeitig wurde mit der «Marthastift» eine Kooperationsvereinbarung getroffen, wobei die UPK die Belieferung der Mahlzeiten von 100 Patienten und Patientinnen sicherstellt.

Der Umbau erfolgte innert 11 Monaten und konnte termingerecht per 6.12.2016 abgeschlossen werden. Während der Umbauphase wurde die Patienten- und Mitarbeiterverpflegung über ein Provisorium sichergestellt.

Die UPK erwarten ein herausforderndes Geschäftsjahr 2017 mit entsprechendem Druck auf das operative Ergebnis. Im Hinblick auf die Einführung der gesamtschweizerischen Tarifstruktur für die stationäre Psychiatrie (TARPSY) müssen die dazugehörigen Grundlagen geschaffen werden. Hinzu kommt die im Rahmen der E-Health-Strategie des Bundes geforderte Einführung des elektronischen Patientendossiers.

Für die Jahre 2017–2020 hat die UPK die Strategie überarbeitet. Gemäss dieser werden die UPK ihre Bemühungen fortsetzen, ihren Patientinnen und Patienten bestmögliche und auf ihren Bedarf zugeschnittene Behandlungen effizient und in bester Qualität anzubieten und gleichzeitig dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit gerecht zu werden. Patienten und Patientinnen und ihre Angehörigen werden dabei konsequent in die Behandlungskonzepte einbezogen. Zudem sollen durch ein vorbildliches Führungsverhalten und einen respektvollen Umgang miteinander alle Mitarbeitenden zu Botschaftern für den Umgang mit psychischen Störungen werden.

Im 2016 konnten sich die UPK mit den Initianten der Volksinitiative «Eine Kinder- und Jugendpsychiatrie im Herzen der Stadt» darauf einigen, die stationären Behandlungen der Kinder und Jugendlichen in einem Neubau auf dem Campus der UPK anzubieten. Die Ambulanz zieht per Mitte Jahr vom Schaffhauser Rheinweg an die Kornhausgasse in Basel, wo sich bereits die anderen ambulanten Angebote der UPK befinden. Ein weiterer Schwerpunkt wird daher im Vorantreiben der Planung des Neubaus KJPK sowie auf den Umzug der Poliklinik gesetzt.

Unter Corporate Governance verstehen die UPK Basel ein Regelwerk, das seine Grundlage im Obligationenrecht (OR), im Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (OSpG) und in der UPK-Eignerstrategie des Kantons Basel-Stadt hat. Durch Corporate-Governance Empfehlungen sollen die Ebene des Eigentümers (Kanton Basel-Stadt, vertreten durch den Regierungsrat), diejenige des Verwaltungsrates und schliesslich die Ebene der Geschäftsleitung in ihren Zuständigkeiten, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten klar definiert und voneinander abgegrenzt werden. Dadurch soll einerseits sichergestellt werden, dass der Eigentümer genügend Information und Kontrolle über die Geschäftstätigkeit der UPK Basel hat, und andererseits soll gewährleistet werden, dass die UPK Basel die notwendige betriebliche Gestaltungsfreiheit erhalten.

RECHTSGRUNDLAGEN

1 | RECHTSFORM

Die UPK sind seit 1. Januar 2012 ein Gesundheitsunternehmen des Kantons Basel-Stadt in der Gesellschaftsform einer öffentlich-rechtlichen Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. Ihr Sitz befindet sich in Basel. Die UPK sind im Handelsregister eingetragen.

Die Rechtsstellung, die Organisation und die Aufgaben der UPK richten sich nach dem Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt vom 16. Februar 2011 sowie dem Organisationsreglement vom 3. Februar 2012.

2 | HAFTUNG UND VERANTWORTLICHKEIT

Für die Verbindlichkeiten der UPK Basel haftet ausschliesslich das Spitalvermogen. Die UPK Basel haben entsprechend der Art und dem Umfang der Risiken eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen.

Der Verwaltungsrat der UPK Basel hat eine Organ- und Managerhaftpflichtversicherung abgeschlossen. Für die Mitglieder der Geschäftsleitung sowie die Revisionsstelle gelten sinngemäss die obligationenrechtlichen Bestimmungen über die aktienrechtliche Verantwortlichkeit.

KAPITALSTRUKTUR

Die Kapitalstruktur der UPK geht aus der Bilanz (Seite 16 des Finanzberichts) und den entsprechenden Erläuterungen hervor.

1 | VERWALTUNGSRAT

Der Verwaltungsrat der UPK besteht gemäss dem Gesetz über die öffentlichen Spitäler aus fünf bis neun Mitgliedern, die durch den Regierungsrat gewählt werden. Der Regierungsrat berücksichtigt dabei Personen mit den für die Leitung eines Spitals erforderlichen Qualifikationen. Die CEO sowie der stellvertretende CEO nehmen ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil. Im Berichtsjahr erfolgte keine Änderung der Zusammensetzung des Verwaltungsrates.

Dem Verwaltungsrat obliegt unter anderem die oberste Leitung der UPK, er ist verantwortlich für die Wahl der bzw. des CEO sowie für die Delegation der operativen Geschäftsführung. Zur Unterstützung des Verwaltungsrates und zur Geschäftsvorbereitung bestehen drei Ausschüsse (Ausschuss Finanzen und IT, Ausschuss Personelles und Ausschuss Lehre und Forschung). Die Aufgaben des Verwaltungsrates ergeben sich aus dem Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (ÖsPG, §7).

Die Amtsdauer der UPK Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräte beträgt vier Jahre. Die Wiederwahl ist möglich. Es besteht keine Amtszeitbeschränkung. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden durch den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt gewählt und dürfen nicht gleichzeitig dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt angehören.

Alle Mitglieder des Verwaltungsrates wurden am 3. November 2015 für die Amtsperiode 2016–2019 wiedergewählt.

Mitglieder des Verwaltungsrates:

- › Dr. med. Konrad Widmer (Präsident)
- › Otto Wyss (Vizepräsident)
- › Hon.-Prof. Dr. med. François Ferrero
- › Dr. rer. pol. Ralph Lewin
- › Dr. phil. Cornelia Oertle
- › Lic. jur. Katja Schott-Morgenroth

Die Entlohnung der Verwaltungsratsmitglieder wird vom Regierungsrat genehmigt. Sie setzt sich aus einem fixen und einem aufwandabhängigen Teil zusammen. Dazu kommen Spesen. Die Gesamthöhe der fixen und der aufwandabhängigen Entlohnung an den Verwaltungsrat für das Geschäftsjahr 2016 beläuft sich auf TCHF 320 (inklusive Spesenpauschale). Im Berichtsjahr wurden keine Aufträge an VR-Mitglieder vergeben.

2 | GESCHÄFTSLEITUNG

Die Geschäftsleitung ist das operative Führungsorgan der UPK Basel. Sie hat unter Vorbehalt der Kompetenzen des Verwaltungsrates sämtliche Kompetenzen zur Führung der UPK Basel. Die Kompetenzen und Aufgaben der Geschäftsleitung sind im Organisationsreglement festgelegt. Die CEO steht der Geschäftsleitung vor und ist gegenüber den übrigen Geschäftsleitungsmitgliedern weisungsberechtigt.

Mitglieder der Geschäftsleitung:

- › Anne Lévy (CEO)
- › Andreas Windel (Stv. CEO)
- › Reto Gauch (CFO)
- › Prof. Dr. med. Undine Lang (Klinikdirektorin EPK & PK)
- › Prof. Dr. med. Alain Di Gallo (Klinikdirektor KJPK)
- › Prof. Dr. med. Marc Graf (Klinikdirektor FPK)
- › Regula Lüthi (Direktorin Pflege, MTD, Soziale Arbeit)
- › Manuela Pfister (Leiterin Human Resources a.i.)

Die Entlohnung der Geschäftsleitungsmitglieder wird vom Verwaltungsrat genehmigt. Die Mitglieder der Geschäftsleitung erhalten ein fixes Salär sowie einen vertraglich vereinbarten variablen Lohnbestandteil. Seit 2016 vereinnahmen die klinisch tätigen Ärztinnen und Ärzte der Geschäftsleitung keine Privat honorare mehr. Die Gesamthöhe der Entlohnungen an die Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2016 beläuft sich auf TCHF 2507 (exklusive Arbeitgeberanteil der Sozialleistungen).

3 | REVISIONSSTELLE

Die Revisionsstelle wird auf Antrag der UPK Basel vom Regierungsrat für eine Amtsdauer von einem Jahr gewählt. Die Wiederwahl ist möglich. Mit Regierungsratsbeschluss vom 21. April 2015 hat der Regierungsrat die KPMG AG, Viaduktstrasse 42, Postfach, 4002 Basel, als Revisionsstelle der UPK Basel für das Geschäftsjahr 2016 gewählt. Der aktuell leitende Revisor ist seit dem Geschäftsjahr 2012 Herr Stefan Inderbinen.

Die Revisionsstelle stellt für die Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags für das Berichtsjahr 2016 Honorare von insgesamt TCHF 52 in Rechnung (exkl. Spesen und MWST).

Die Geschäftsleitung der UPK Basel hat 2012 das Projekt «Aufbau eines integrierten Prozess- und Risikomanagements» lanciert. Auf Basis dieses Projekts wurde ein UPK weites Risikomanagementsystem implementiert. Der entsprechende Prozess wurde Ende 2013 eingeführt.

Seither erfolgt, diesem Prozess entsprechend, die Definition und Bewertung von 10 Top-Unternehmensrisiken durch die Risikoeigner. Der jährliche Review wird von der Geschäftsleitung verabschiedet und dem Verwaltungsrat vorgelegt.

Der Verwaltungsrat nimmt gestützt auf das Risikomanagementkonzept jährlich eine Beurteilung und Prüfung der Risiken sowie deren Bewältigung vor.

Die UPK kommunizieren offen und regelmässig mit dem Eigner, dem Kanton Basel-Stadt und den Interessengruppen. Die Kommunikation erfolgt zeitgerecht und transparent und soll allen Interessierten ein wahrheitsgetreues Bild über das Unternehmen, dessen Strategie und dessen Geschäftsentwicklung vermitteln.

Die UPK veröffentlichen einen ausführlichen Geschäftsbericht über ihre Geschäftstätigkeit und den gemäss Swiss GAAP FER erstellten und geprüften Finanzbericht für das Berichtsjahr.

Die Geschäftsleitung informiert den Verwaltungsrat regelmässig über die Entwicklung des Geschäftsganges, den Stand der Realisierung der wesentlichen Projekte sowie über die Umsetzung der Massnahmen der Strategie. Regelmässig werden Quartalsabschlüsse mit einer Prognose zum Abschluss per Jahresende erstellt. Weiter wird der Verwaltungsrat anlässlich jeder Sitzung durch die Vorsitzenden der Ausschüsse über die Geschäfte der Gremien sowie von der CEO durch ihren Bericht («Informationen der CEO») über die laufenden Geschäfte informiert.

AUFSICHT DURCH DEN REGIERUNGSRAT

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt beaufsichtigt die UPK gemäss den Bestimmungen des Gesetzes über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt sowie den public Corporate Governancen-Richtlinien vom 20. Oktober 2014.

Das Gesundheitsdepartement, durch die Stabsstelle Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen, übernimmt als Fachdepartement gegenüber den UPK die Rolle der Eigentümerversammlung. Der Bereich Gesundheitsversorgung übernimmt im Rahmen seiner Rolle als Regulator und Gewährleister alle Aufgaben gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG).

ANTRAG AUF VERWENDUNG DES BILANZGEWINNES

BETRÄGE IN TCHF	2016	2015	Abweichung zum Vorjahr
Gewinnvortrag per 1.1. (vor Jahresgewinn)	-	-	-
Umgliederungen	-	-	-
Jahresgewinn	651	3 203	-2 552
BILANZGEWINN PER 31.12.	651	3 203	-2 552
Zuweisung an die Gewinnreserven	-651	-3 203	2 552
Ausschüttung an den Eigner	-	-	-
GEWINNVORTRAG PER 31.12.	-	-	-

Der Verwaltungsrat beantragt dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt, den Bilanzgewinn den Gewinnreserven zuzuweisen.

JAHRESRECHNUNG 2016

BILANZ

BETRÄGE IN CHF	Ziffer im Anhang	31.12.2016	31.12.2015	Abweichung zum Vorjahr
Flüssige Mittel	1	16 699 902	20 403 511	-18.2%
Wertschriften	2	12 830 058	12 590 770	1.9%
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3	23 831 569	29 659 149	-19.6%
Sonstige kurzfristige Forderungen	4	7 367 481	708 287	940.2%
Vorräte	5	202 172	214 910	-5.9%
Aktive Rechnungsabgrenzungen	6	5 941 751	5 763 741	3.1%
Umlaufvermögen	-	66 872 933	69 340 368	-3.6%
Finanzanlagen	7	350 788	162 013	116.5%
Sachanlagen	8	89 269 630	83 621 248	6.8%
Immaterielle Anlagen	9	740 308	911 643	-18.8%
Anlagevermögen	-	90 360 726	84 694 904	6.7%
TOTAL AKTIVEN	-	157 233 659	154 035 272	2.1%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10	6 879 153	4 186 248	64.3%
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	11	520 509	19 715 846	-97.4%
Passive Rechnungsabgrenzungen	12	1 501 909	7 214 579	-79.2%
Kurzfristige Rückstellungen	14	7 518 806	7 246 303	3.8%
Zweckgebundene Fonds	-	14 640 312	13 266 001	10.4%
Kurzfristiges Fremdkapital	-	31 060 689	51 628 977	-39.8%
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	13	25 000 000	-	-
Langfristige Rückstellungen	14	817 681	792 845	3.1%
Langfristiges Fremdkapital	-	25 817 681	792 845	3156.3%
FREMDKAPITAL	-	56 878 370	52 421 822	8.5%
Dotationskapital	-	83 619 532	83 619 532	0.0%
Freie Fonds	-	3 515 942	5 425 544	-35.2%
Gewinnreserven	-	12 568 374	9 365 087	34.2%
Jahresgewinn	-	651 441	3 203 287	-79.7%
Eigenkapital	-	100 355 289	101 613 450	-1.2%
TOTAL PASSIVEN	-	157 233 659	154 035 272	2.1%

ERFOLGSRECHNUNG

BETRÄGE IN CHF	Ziffer im Anhang	2016	2015	Abweichung zum Vorjahr
Nettoerlöse aus Lieferungen und Leistungen	15	119 256 328	115 793 930	3.0 %
Andere betriebliche Erträge	16	23 290 106	37 668 481	-38.2 %
Betriebsertrag	-	142 546 435	153 462 411	-7.1 %
Personalaufwand	17	-110 177 271	-106 243 591	3.7 %
Materialaufwand	18	-5 234 764	-5 840 044	-10.4 %
Abschreibungen auf Sachanlagen	-	-6 457 435	-6 501 011	-0.7 %
Abschreibungen auf immateriellen Anlagen	-	-447 019	-522 336	-14.4 %
Andere betriebliche Aufwendungen	19	-20 890 931	-20 943 800	-0.3 %
Betriebsaufwand	-	-143 207 420	-140 050 782	2.3 %
BETRIEBLICHES ERGEBNIS	-	-660 985	13 411 629	-104.9 %
Finanzertrag	20	1 536 142	410 820	273.9 %
Finanzaufwand	20	-1 194 005	-231 053	416.8 %
Finanzergebnis	-	342 137	179 767	90.3 %
Zuweisung an zweckgebundene Fonds	-	-5 241 878	-12 340 837	-57.5 %
Verwendung von zweckgebundenen Fonds	-	4 305 027	3 488 671	23.4 %
Fondsergebnis zweckgebundene Fonds	-	-936 852	-8 852 166	-89.4 %
ORDENTLICHES ERGEBNIS VOR VERÄNDERUNGEN FREIE FONDS	-	-1 255 699	4 739 230	-126.5 %
Zuweisung an freie Fonds	-	-330 622	-1 951 309	-83.1 %
Verwendung von freien Fonds	-	2 237 763	415 367	438.7 %
Fondsergebnis freie Fonds	-	1 907 141	-1 535 942	-224.2 %
ERGEBNIS NACH VERÄNDERUNGEN FREIE FONDS	-	651 441	3 203 287	-79.7 %

GELDFLUSSRECHNUNG

BETRÄGE IN CHF	2016	2015
Geldfluss aus Betriebstätigkeit (operativer Cashflow)		
Ergebnis nach Veränderung freie Fonds	651 441	3 203 287
Zunahme (-)/Abnahme (+) Wertschriften des Umlaufvermögens	-239 288	-9 552 680
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5 827 580	-1 553 251
Zunahme (-)/Abnahme (+) von übrigen Forderungen und aktiven Rechnungsabgrenzungen	-6 837 204	773 843
Zunahme (-)/Abnahme (+) von Vorräten	12 738	8 891
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Finanzanlagen	-188 775	-
Abschreibungen auf Anlagevermögen	5 513 002	5 685 874
Verluste aus Wertbeeinträchtigungen	1 391 451	1 457 473
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2 692 905	-1 380 927
Zunahme (+)/Abnahme (-) von übrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten und passiven Rechnungsabgrenzungen	-24 908 008	8 908 458
Zunahme (+)/Abnahme (-) Rückstellungen	297 339	-4 378 292
Zunahme (+)/Abnahme (-) zweckgebundene Fonds	1 374 311	9 204 082
Zunahme (+)/Abnahme (-) freie Fonds	1 909 602	1 536 446
GELDZUFLUSS/-ABFLUSS AUS BETRIEBSTÄTIGKEIT (OPERATIVER CASHFLOW)	-16 322 109	13 913 204
Geldfluss aus Investitionstätigkeit		
Auszahlungen für Investitionen (Kauf) von Sachanlagen	-12 105 817	-4 141 938
Auszahlungen für Investitionen (Kauf) von immateriellen Anlagen	-275 683	-558 517
GELDZUFLUSS/-ABFLUSS AUS INVESTITIONSTÄTIGKEIT	-12 381 500	-4 700 455
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit		
Aufnahme (+)/Rückzahlung (-) von kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten	-	-
Aufnahme (+)/Rückzahlung (-) von langfristigen Finanzverbindlichkeiten	25 000 000	-
GELDZUFLUSS/-ABFLUSS AUS FINANZIERUNGSTÄTIGKEIT	25 000 000	-
TOTAL GELDFLUSS	-3 703 609	9 212 750
Flüssige Mittel per 1.1.	-20 403 511	-11 190 761
Flüssige Mittel per 31.12.	16 699 902	20 403 511
VERÄNDERUNG FLÜSSIGE MITTEL	-3 703 609	9 212 750

EIGENKAPITALNACHWEIS

BETRÄGE IN CHF	Dotations- kapital	Freie Fonds	Gewinn- reserven	Jahres- ergebnis	Total
EIGENKAPITAL PER 31.12.2014	83 619 532	3 889 098	4 020 885	5 344 202	96 873 717
Zuweisung an Reserven	-	-	5 344 202	-5 344 202	-
Zuweisung freie Fonds	-	1 951 309	-	-	1 951 309
Verwendung freie Fonds	-	-415 367	-	-	-415 367
Veränderung freie Fonds mit Sollsaldo	-	504	-	-	504
Jahresergebnis	-	-	-	3 203 287	3 203 287
EIGENKAPITAL PER 31.12.2015	83 619 532	5 425 544	9 365 087	3 203 287	101 613 450
Zuweisung an Reserven	-	-	3 203 287	-3 203 287	-
Zuweisung freie Fonds	-	330 622	-	-	330 622
Verwendung freie Fonds	-	-2 237 763	-	-	-2 237 763
Veränderung freie Fonds mit Sollsaldo	-	-2 462	-	-	-2 462
Jahresergebnis	-	-	-	651 441	651 441
EIGENKAPITAL PER 31.12.2016	83 619 532	3 515 942	12 568 374	651 441	101 355 289

ALLGEMEINES

Die UPK Basel sind seit 1. Januar 2012 ein Unternehmen des Kantons Basel-Stadt in der Form einer selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt nach schweizerischem Recht mit Sitz in Basel. Die Geschäftstätigkeit umfasst die psychiatrische Versorgung und Ausbildung sowie die universitäre Lehre und Forschung. Der Kanton Basel-Stadt ist alleiniger Eigner.

Die Jahresrechnung entspricht dem Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (ÖSpG) vom 16. Februar 2011.

RECHNUNGSLEGUNGSGRUNDSÄTZE

Die Rechnungslegung erfolgt in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER. Es wird das gesamte Swiss GAAP FER Regelwerk eingehalten.

Die Jahresrechnung vermittelt ein dem tatsächlichen Verhältnis entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (true and fair view).

DEFINITION NAHESTEHENDE

Als nahestehende Personen (natürliche oder juristische) wird betrachtet, wer direkt oder indirekt einen bedeutenden Einfluss auf die finanziellen oder operativen Entscheidungen der UPK Basel ausüben kann. Daher sind für die UPK Basel folgende Personen als Nahestehende zu betrachten:

- › Kanton Basel-Stadt als Eigentümer
- › Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung
- › Vorsorgeeinrichtungen der UPK Basel (PKBS)

BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

Die Bewertungsgrundsätze orientieren sich grundsätzlich an historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung von Aktiven und Verbindlichkeiten. Die Jahresrechnung wird nach den in Swiss GAAP FER aufgeführten Grundlagen Fortführung, wirtschaftliche Betrachtungsweise, zeitliche Abgrenzung, sachliche Abgrenzung, Vorsichtsprinzip und Bruttoprinzip aufgestellt.

FLÜSSIGE MITTEL

Die flüssigen Mittel umfassen Kassen-, Post- und Bankguthaben sowie kurzfristige Festgeldanlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als 90 Tagen. Sie sind zum Nominalwert bewertet. Die Bilanzposition entspricht dem der Geldflussrechnung zugrunde liegenden Fonds «Flüssige Mittel».

WERTSCHRIFTEN DES UMLAUFVERMÖGENS

Die im Umlaufvermögen ausgewiesenen Wertschriften sind Bestandteil des Fondsvermögens. Es handelt sich um leicht liquidierbare, börsengängige Wertschriften. Sie sind zu aktuellen Werten bewertet. Liegt kein aktueller Wert vor, so sind die Wertschriften höchstens zu Anschaffungskosten abzüglich allfälliger Wertbeeinträchtigungen bewertet.

Es werden zwei verschiedene Wertschriftendepots geführt. Das eine Depot wird als allgemeines Fondsvermögen betrachtet, Gewinne und Verluste werden einem Fondssammelkonto zugewiesen. Das andere Depot ist fest einem zweckgebundenen Fonds zugeordnet, sämtliche Gewinne und Verluste werden dem Fonds zugewiesen.

FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN

Diese Position enthält kurzfristige Forderungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr aus der ordentlichen Klinikstätigkeit. Die Forderungen werden zu Nominalwerten eingesetzt. Die Delkrederebewertung richtet sich nach betriebswirtschaftlichen Kriterien.

Einzelwertberichtigungen werden gebildet für Forderungen im Betreibungs- oder Inkassoverfahren, können aber auch bei Kenntnissen über wesentliche Bonitätsrisiken eines Schuldners gebildet werden. Die Wertberichtigung erfolgt immer zum ganzen Schuldbetrag.

ANGABEN ÜBER DIE BERECHNUNG DER PAUSCHALEN WERTBERICHTIGUNG

Tage (überfällig)	Versicherungen		Private		Staatsstelle	Drittmittel
	Inland	Ausland	Inland	Ausland		
0–30	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
31–60	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %
61–90	5 %	10 %	15 %	20 %	0 %	0 %
91–120	10 %	15 %	20 %	25 %	0 %	0 %
121–150	20 %	25 %	30 %	35 %	0 %	0 %
151–180	40 %	50 %	60 %	70 %	0 %	0 %
181–210	60 %	70 %	90 %	100 %	0 %	0 %
211–365	80 %	90 %	100 %	100 %	0 %	0 %
366–9999	100 %	100 %	100 %	100 %	0 %	0 %

SONSTIGE KURZFRISTIGE LEISTUNGEN

Zu dieser Bilanzposition zählen alle übrigen kurzfristigen Forderungen, welche nicht in direktem Zusammenhang mit der ordentlichen Geschäftstätigkeit der UPK Basel stehen. Die sonstigen kurzfristigen Forderungen beinhalten u.a. Kontokorrentguthaben Kanton, Forderungen gegenüber der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Hauptabteilung MWST, sowie Forderungen aus Fonds. Sie werden zu Nominalwerten eingesetzt.

VORRÄTE

Die Vorräte werden zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bilanziert. Die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten umfassen sämtliche – direkten oder indirekten – Aufwendungen, um die Vorräte an ihren derzeitigen Standort bzw. in ihren derzeitigen Zustand zu bringen (Vollkosten). Zur Ermittlung der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten sind grundsätzlich die tatsächlichen Kosten massgebend. Skonti werden als Anschaffungspreisminderung erfasst. Die wertmässige Lagerbewirtschaftung erfolgt nach der FI-FO-Methode. Bei der Bestimmung des Nettomarktwertes wird vom aktuellen Marktpreis auf dem Absatzmarkt ausgegangen.

AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGEN

In den Aktiven Rechnungsabgrenzungen wird Aufwand, welcher bereits das neue Geschäftsjahr betrifft, aber noch im alten Jahr bezahlt wurde (Aufwandsvortrag), verbucht. Auch die Erträge, welche noch das alte Geschäftsjahr betreffen, aber erst im neuen Jahr eingehen werden (Ertragsnachtrag), werden transitorisch berücksichtigt. Die Bewertung erfolgt zum Nominalwert.

FINANZANLAGEN

In den Finanzanlagen sind die Aktiven aus Arbeitgeberbeitragsreserven erfasst. Die Bewertung erfolgt zu Nominalwerten.

SACHANLAGEN

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der betriebswirtschaftlich notwendigen Abschreibungen. Eigenleistungen werden nur aktiviert, wenn sie klar identifizierbar und die Kosten zuverlässig bestimmbar sind sowie der Klinik über mehrere Jahre einen messbaren Nutzen bringen. Sämtliche Sachanlagen werden zur Erbringung von Dienstleistungen genutzt. Es werden keine Anlagen zu Renditezwecken gehalten.

Die Abschreibungen werden linear über die wirtschaftliche Nutzungsdauer des Anlagegutes vorgenommen. Diese wurden gemäss dem Branchenstandard (von H+ nach REKOLE) wie folgt festgelegt:

AUSWEIS BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE NACH FER

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet und aufgrund der betriebswirtschaftlich geschätzten Nutzungsdauer linear zulasten der Erfolgsrechnung abgeschrieben. Die Nutzungsdauern sind:

ANLAGEKLASSE	Nutzungsdauer in Jahren	FER
Immobilien		
Spitalgebäude und andere Gebäude	33 $\frac{1}{3}$	Bauten
Bauprovisorien	Normative Nutzungsdauer	Sachanlagen im Bau
Installationen		
Allgemeine Betriebsinstallationen	20	Anlagen und Einrichtungen
Anlagespezifische Installationen	20	Anlagen und Einrichtungen
Mobile Sachanlagen		
Mobilier und Einrichtungen	10	Übrige Sachanlagen
Büromaschinen und Kommunikationssysteme	5	Übrige Sachanlagen
Fahrzeuge	5	Übrige Sachanlagen
Werkzeuge und Geräte	5	Übrige Sachanlagen
Medizintechnische Anlagen		
Apparate, Geräte, Instrumente	8	Übrige Sachanlagen
Software-Upgrades	3	Übrige Sachanlagen
Informatikanlagen		
Hardware	4	Übrige Sachanlagen

IMMATERIELLE ANLAGEN

Die Bilanzposition enthält ausschliesslich aktivierte Software zu Anschaffungs- resp. Herstellungskosten, wird höchstens aber zum realisierbaren Wert bewertet und linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Nutzungsdauer richtet sich grundsätzlich nach dem Branchenstandard (von H+ nach REKOLE).

ANLAGEKLASSE	Nutzungsdauer in Jahren	FER
Software	4	Immaterielle Anlagen
Software-Upgrades	5	Immaterielle Anlagen
Übrige immaterielle Anlagen	In der Regel 4 Jahre	Immaterielle Anlagen

WERTBEEINTRÄCHTIGUNGEN (IMPAIRMENT)

Die Werthaltigkeit der langfristigen Vermögenswerte wird an jedem Bilanzstichtag einer Beurteilung unterzogen. Liegen Hinweise einer nachhaltigen Wertverminderung vor, wird eine Berechnung des realisierbaren Werts durchgeführt (Impairment-Test). Übersteigt der Buchwert den realisierbaren Wert, wird durch ausserplanmässige Abschreibungen eine erfolgswirksame Anpassung vorgenommen.

VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN

Unter dieser Bilanzposition werden sämtliche Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die aus einer Lieferung und/oder Leistung innerhalb der ordentlichen Geschäftstätigkeit der UPK Basel entstanden sind, ausgewiesen. Die Bilanzposition beinhaltet sowohl Verbindlichkeiten gegenüber Dritten als auch gegenüber Nahestehenden. Die Bewertung erfolgt zu Nominalwerten.

SONSTIGE KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN

Unter dieser Bilanzposition werden kurzfristige Verbindlichkeiten ausgewiesen, die nicht aus Lieferungen und Leistungen stammen und keine Finanzverbindlichkeiten darstellen.

Offene Verbindlichkeiten aus ermittelten, aber noch nicht ausbezahlten Honoraren aus der privatärztlichen Tätigkeit sind ebenfalls Bestandteil der übrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten. Weiter fallen unter diese Bilanzposition die Prämien gegenüber Sozialversicherungen, welche in Rechnung gestellt und nicht bezahlt sind.

Die übrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten werden zum Nominalwert bewertet.

PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGEN

In den Passiven Rechnungsabgrenzungen werden noch nicht erhaltene Aufwendungen oder im Voraus erhaltene Erträge verbucht. Die Bewertung erfolgt zum Nominalwert.

LANGFRISTIGE FINANZVERBINDLICHKEITEN

Die Position enthält monetäre Schulden, die aus Finanzierungstätigkeiten der Klinik entstanden sind und eine Fälligkeit von mehr als 12 Monaten aufweisen. Sie sind in der Regel verzinslich.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen werden gebildet, wenn vor dem Bilanzstichtag ein Ereignis stattgefunden hat, aus dem eine wahrscheinliche Verpflichtung resultiert, deren Höhe und/oder Fälligkeit zwar ungewiss, aber schätzbar ist. Diese Verpflichtung kann auf rechtlichen oder faktischen Gründen basieren. Rückstellungen werden auf der Basis der wahrscheinlichen Mittelabflüsse bewertet und aufgrund der Neubeurteilung erhöht, beibehalten oder aufgelöst.

Die Rückstellungen sind nach deren Fälligkeit in kurz- und langfristig unterteilt. Rückstellungen mit einer Fälligkeit innerhalb von 12 Monaten sowie Anteile von langfristigen Rückstellungen mit einer Fälligkeit von weniger als 12 Monaten sind unter den kurzfristigen Rückstellungen ausgewiesen. Die langfristigen Rückstellungen beinhalten Fälligkeiten von über 12 Monaten.

ZWECKGEBUNDENE FONDS

Unter den zweckgebundenen Fonds werden die Drittmittel-Fonds der UPK Basel ausgewiesen. Es handelt sich dabei um zweckgebundene Mittel, hauptsächlich für die Durchführung von Auftragsforschung. Die Veränderung dieser Fonds wird in der Erfolgsrechnung gesondert ausgewiesen.

EIGENKAPITAL

Das Eigenkapital der UPK Basel setzt sich aus dem Gesellschaftskapital (Dotationskapital), den ab dem Zeitpunkt der Verselbstständigung (1. Januar 2012) erarbeiteten Gewinnreserven, den freien Fonds sowie dem Erfolg der Berichtsperiode zusammen.

Die Bewertung des Eigenkapitals ergibt sich aus der Differenz zwischen den bewerteten Aktiven und den bewerteten Verbindlichkeiten. Die statischen Elemente des Dotationskapitals und der Kapitalreserven sind zum Nominalwert bewertet. Die Wertanpassungen aufgrund der Bewertungen von Aktiven und Verbindlichkeiten erfolgen über das Periodenergebnis.

STEUERN

Die UPK Basel sind als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt von den Kapital- und Ertragssteuern befreit.

AUSSERBILANZGESCHÄFTE

Eventualverbindlichkeiten und weitere, nicht zu bilanzierende Verpflichtungen werden auf jeden Bilanzstichtag bewertet und offengelegt. Wenn Eventualverbindlichkeiten und weitere nicht zu bilanzierende Verpflichtungen zu einem Mittelabfluss ohne nutzbaren Mittelzufluss führen und dieser Mittelabfluss wahrscheinlich und abschätzbar ist, wird eine Rückstellung gebildet.

PERSONALVORSORGE

Die UPK Basel ist bei der Pensionskasse Basel-Stadt, einer rechtlich selbstständigen Vorsorgeeinrichtung für Alter, Todesfall oder Invalidität, sowie bei der Vorsorgestiftung des Verbands Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte (VSAO) angeschlossen. Die Beiträge werden laufend geleistet. Die Erfolgsrechnung enthält die in einer Periode geschuldeten Zahlungen sowie den laufenden Aufwand für die Erfüllung der übrigen Vorsorgepläne. Die Bewertung und der Ausweis erfolgen gemäss Swiss GAAP FER 16. Tatsächliche wirtschaftliche Auswirkungen von Vorsorgeplänen auf die Klinik werden auf den Bilanzstichtag berechnet. Die Aktivierung eines wirtschaftlichen Nutzens erfolgt dann, wenn dieser für den Vorsorgeaufwand der Klinik verwendet wird. Eine wirtschaftliche Verpflichtung wird passiviert, wenn die Voraussetzungen für die Bildung einer Rückstellung erfüllt sind. Gesondert bestehende frei verfügbare Arbeitgeberbeitragsreserven sind als Aktivum erfasst. Die Differenz zwischen den jährlich ermittelten wirtschaftlichen Nutzen und Verpflichtungen sowie die Veränderung der Arbeitgeberbeitragsreserve wird über die Erfolgsrechnung erfasst. Die zusammengefasste Rechnung der Personalvorsorgestiftung ist nach Swiss GAAP FER 26 bewertet. Das relevante Abschlussdatum der Vorsorgeeinrichtung darf nicht länger als 12 Monate zurückliegen.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Der Aufwand für Forschung und Entwicklung wird der Erfolgsrechnung belastet.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

1 | FLÜSSIGE MITTEL

CHF	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Kassen	125 251	120 518	3.9%
Postkontoguthaben	14 579 611	15 509 578	-6.0%
Kontokorrentguthaben Banken	1 995 041	4 773 415	-58.2%
TOTAL FLÜSSIGE MITTEL	16 699 902	20 403 511	-18.2%

2 | WERTSCHRIFTEN

CHF	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Allgemeines Fondsvermögen	2 818 746	3 129 086	-9.9%
Zugeordnetes Fondsvermögen	10 011 311	9 461 684	5.8%
TOTAL WERTSCHRIFTEN	12 830 057	12 590 770	1.9%

3 | FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN

CHF	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Dritte	19 267 505	20 898 556	-7.8%
Nahestehende	8 253 031	11 286 020	-26.9%
Wertberichtigung	-3 688 966	-2 525 427	46.1%
TOTAL FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN	23 831 569	29 659 149	-19.6%

4 | SONSTIGE KURZFRISTIGE FORDERUNGEN

CHF	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Dritte	282 805	237 312	19.2%
Zweckgebundene Fonds	903 261	465 801	93.9%
Freie Fonds	2 712	5 174	-47.6%
Nahestehende	6 178 703	0	0.0%
TOTAL SONSTIGE KURZFRISTIGE FORDERUNGEN	7 367 481	708 287	940.2%

Die Zunahme der sonstigen kurzfristigen Forderungen beinhaltet die Veränderung des Saldos des Kontokorrents mit dem Kanton. Aufgrund der Aufnahme eines Darlehens mit Gutschrift auf dem Kontokorrent, wird der Saldo «Nahestehende» neu unter sonstigen kurzfristigen Forderungen ausgewiesen.

5 | VORRÄTE

CHF	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Supportmaterial	136 532	149 031	-8.4 %
Lebensmittelvorrat	65 640	65 879	-0.4 %
TOTAL VORRÄTE	202 172	214 910	-5.9 %

6 | AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGEN

CHF	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Erlösabgrenzung	2 068 551	2 914 641	-29.0 %
Beitrag Lehre und Forschung	2 091 335	2 005 756	4.3 %
Übrige	1 781 864	843 345	111.3 %
TOTAL AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNGEN	5 941 751	5 763 741	3.1 %
davon nahestehend	1 685 667	812 547	107.5 %

7 | FINANZANLAGEN

CHF	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Aktiven aus Arbeitgeberbeitragsreserven	350 788	162 013	116.5 %
TOTAL FINANZANLAGEN	350 788	162 013	116.5 %

Die ausgewiesenen Aktiven aus Arbeitgeberbeitragsreserven bestehen bei der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS).

8 | SACHANLAGEN

CHF	A	B	C	D	E
Anschaffungskosten					
Stand per 31.12.2014	103 709 835	46 627 341	11 961 102	11 398 284	173 696 562
Zugänge	527 389	5 935	2 620 420	988 194	4 141 938
Abgänge	-27 480 917	-9 446 552	-	-4 071 469	-40 998 938
Umgliederungen	7 952 801	728 483	-8 847 372	166 089	-
STAND PER 31.12.2015	84 709 108	37 915 207	5 734 150	8 481 098	136 839 562
Zugänge	-16 894	85 502	11 773 158	264 051	12 105 817
Abgänge	-1 864 750	-176 684	-	-321 704	-2 363 138
Umgliederungen	1 708 316	1 097 026	-2 936 435	131 092	-
STAND PER 31.12.2016	84 535 780	38 921 051	14 570 873	8 554 538	146 582 241

CHF	A	B	C	D	E
Kumulierte Wertberichtigungen					
Stand per 31.12.2014	-57 457 017	-23 167 410	-	-6 971 813	-87 596 240
Planmässige Abschreibungen	-2 087 936	-1 807 955	-	-1 311 762	-5 207 652
Abgänge	27 480 917	9 446 552	-	4 071 469	40 998 938
Wertbeeinträchtigungen	-1 082 223	-227 816	-	-103 321	-1 413 360
STAND PER 31.12.2015	-33 146 259	-15 756 629	-	-4 315 427	-53 218 314
Planmässige Abschreibungen	-2 098 006	-1 735 776	-	-1 243 801	-5 077 583
Abgänge	1 864 750	176 684	-	321 704	2 363 138
Wertbeeinträchtigungen	-1 251 087	-63 783	-	-64 981	-1 379 852
STAND PER 31.12.2016	-34 630 601	-17 379 505	-	-5 302 505	-57 312 611
NETTOBUCHWERT PER 31.12.2014	46 252 818	23 459 931	11 961 102	4 426 471	86 100 322
NETTOBUCHWERT PER 31.12.2015	51 562 849	22 158 578	5 734 150	4 165 671	83 621 248
NETTOBUCHWERT PER 31.12.2016	49 905 178	21 541 546	14 570 873	3 252 033	89 269 630

A Bauten; **B** Anlagen und Einrichtungen; **C** Sachanlagen im Bau; **D** Übrige Sachanlagen; **E** Total Sachanlagen

Die Werthaltigkeit der langfristigen Vermögenswerte wird jährlich anhand einer durchgeführten Anlageinventur überprüft. Mehrere Positionen im Gebäude OK erwiesen sich aufgrund des Küchenumbaus nicht mehr als werthaltig und mussten vollständig abgeschrieben werden.

BRANDVERSICHERUNGSWERTE

CHF	31.12.2016	31.12.2015
Bauten	265 390 000	268 242 000
Anlagen und Einrichtungen sowie übrige Sachanlagen	27 874 751	27 874 751

9 | IMMATERIELLE ANLAGEN

CHF	Software	Total
Anschaffungskosten		
Stand per 31.12.2014	3 461 213	3 461 213
Zugänge	558 517	558 517
Abgänge	-873 704	-873 704
STAND PER 31.12.2015	3 146 026	3 146 026
Zugänge	275 683	275 683
Abgänge	-396 423	-396 423
STAND PER 31.12.2016	3 025 286	3 025 286
Kumulierte Wertberichtigungen		
Stand per 31.12.2014	-2 585 751	-2 585 751
Planmässige Abschreibungen	-478 222	-478 222
Abgänge	873 704	873 704
Wertbeeinträchtigung	-44 114	-44 114
STAND PER 31.12.2015	-2 234 383	-2 234 383
Planmässige Abschreibungen	-435 419	-435 419
Abgänge	396 423	396 423
Wertbeeinträchtigung	-11 600	-11 600
STAND PER 31.12.2016	-2 284 979	-2 284 979
NETTOBUCHWERT PER 31.12.2014	875 463	875 463
NETTOBUCHWERT PER 31.12.2015	911 643	911 643
NETTOBUCHWERT PER 31.12.2016	740 308	740 308

10 | VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN

CHF	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Dritte	2 675 558	3 770 005	-29.0 %
Nahestehende	4 203 595	416 243	909.9 %
TOTAL VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN	6 879 153	4 186 248	64.3 %

11 | SONSTIGE KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN

CHF	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Dritte	520 509	590 030	-11.8 %
Nahestehende	0	19 125 816	100.0 %
TOTAL SONSTIGE KURZFRISTIGE VERBINDLICHKEITEN	520 509	19 715 846	-97.4 %

Aufgrund der Aufnahme eines Darlehens mit Gutschrift auf dem Kontokorrent wird, der Saldo «Nahestehende» neu unter sonstigen kurzfristigen Forderungen ausgewiesen.

12 | PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGEN

CHF	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Dritte	1 165 894	2 409 948	-51.6 %
Nahestehende	336 015	4 804 632	-93.0 %
TOTAL PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNGEN	1 501 909	7 214 579	-79.2 %

13 | LANGFRISTIGE FINANZVERBINDLICHKEITEN

CHF	31.12.2016	31.12.2015	Veränderung
Dritte	0	0	-
Nahestehende	25 000 000	0	-
TOTAL LANGFRISTIGE FINANZVERBINDLICHKEITEN	25 000 000	0	-

Die Langfristigen Finanzverbindlichkeiten sind aufgrund Aufnahme eines Darlehens beim Kanton Basel-Stadt entstanden. Der Zinssatz des Darlehens beträgt inklusive Bearbeitungsgebühr -0.13 %. Die Laufzeit begann am 5.9.2016 und endet mit der Rückzahlung am 4.9.2026.

14 | RÜCKSTELLUNGEN

CHF	A	B	C	D	E
BUCHWERT PER 31.12.2014	4 459 683	4 401 873	766 518	2 789 365	12 417 440
Bildung	-	658 028	1 121 129	490 000	2 269 157
Verwendung	-4 459 683	-459 378	-487 069	-755 595	-6 161 725
Auflösung (Erfolgsrechnung)	-	-198 357	-279 449	-7 918	-485 724
BUCHWERT PER 31.12.2015	-	4 402 167	1 121 129	2 515 852	8 039 148
Bildung	-	5 506 447	127 939	345 096	5 979 482
Verwendung	-	-4 402 167	-275 479	-350 305	-5 027 950
Auflösung (Erfolgsrechnung)	-	-	-345 650	-308 543	-654 193
BUCHWERT PER 31.12.2016	-	5 506 447	627 939	2 202 101	8 336 487
DAVON KURZFRISTIG PER 31.12.2014	-	3 567 858	766 518	2 789 365	7 123 742
DAVON KURZFRISTIG PER 31.12.2015	-	3 609 322	1 121 129	2 515 852	7 246 303
DAVON KURZFRISTIG PER 31.12.2016	-	4 688 766	627 939	2 202 101	7 518 806

A Vorsorgerückstellungen; **B** Ferien | ÜZ | DAG; **C** Restrukturierungsrückstellungen; **D** Sonstige Rückstellungen; **E** Total

Die Ansprüche der Mitarbeitenden aus noch nicht bezogenen Ferien, Überzeiten und Gleitzeiten sind in den kurzfristigen Rückstellungen ausgewiesen. Ebenso die anteilig erworbenen Dienstaltersgeschenke, die in den 12 Monaten nach Bilanzstichtag fällig werden.

Die anteilig erworbenen Dienstaltersgeschenke mit einer späteren Fälligkeit, d. h. mehr als 12 Monate nach Bilanzstichtag, werden unter den langfristigen Rückstellungen ausgewiesen.

Die per 31. Dezember 2016 bilanzierten Restrukturierungsrückstellungen betreffen Kosten im Zusammenhang mit der noch nicht abgeschlossenen Neugestaltung der betrieblichen Strukturen und Prozesse in der Personalabteilung.

Bei dem in den sonstigen Rückstellungen ausgewiesenen Betrag handelt es sich um eine Rückstellung im Zusammenhang mit EU-Forschungsprojekten (CHF 1.6 Mio.), die zurückbezahlt werden muss. Im Weiteren beinhaltet die Position eine Rückstellung (CHF 0.2 Mio.) für einen zweckbestimmten Fonds, bei welchem der Zahlungseingang fraglich ist. Zudem ist auch eine Rückstellung (CHF 0.3 Mio.) für vertragliche variable Lohnbestandteile an Mitarbeitende mit einem Einzelarbeitsvertrag unter dieser Position ausgewiesen.

VORSORGEVERPFLICHTUNGEN

ARBEITGEBERBEITRAGS- RESERVE (AGBR)	A	B	C	D	E
CHF	31.12.2015	31.12.2015	31.12.2015	01.01.2015	-
Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS)	162 013	-	162 013	162 013	-
Vorsorgestiftung VSAO	-	-	-	-	-
BUCHWERTE PER 31.12.2015	162 013	-	162 013	162 013	-
CHF	31.12.2016	31.12.2016	31.12.2016	01.01.2013	-
Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS)	350 788	-	350 788	162 013	188 775
Vorsorgestiftung VSAO	-	-	-	-	-
BUCHWERTE PER 31.12.2016	350 788	-	350 788	162 013	188 775

A Nominalwert AGBR; **B** Verwendungsverzicht; **C** Bilanz; **D** Bilanz; **E** Ergebnis AGBR im Personalaufwand

WIRTSCHAFTLICHER NUTZEN/VERPFLICH- TUNGEN AUS VORSORGE- EINRICHTUNGEN (PVE)	A	B	C	D	E	F
CHF	31.12.2015	31.12.2015	01.01.2015	2015	2015	2015
Vorsorgepläne ohne Unterdeckung						
Vorsorgestiftung VSAO	-	-	-	-	673 372	673 372
Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS)	-	-	-	-	11 748 089	11 748 089
BUCHWERTE PER 31.12.2015	-	-	-	-	12 421 461	12 421 461
CHF	31.12.2016	31.12.2016	01.01.2016	2016	2016	2016
Vorsorgepläne ohne Unterdeckung						
Vorsorgestiftung VSAO	-	-	-	-	645 454	645 454
Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS)	7 986 784	-	-	-	11 939 282	11 939 282
BUCHWERTE PER 31.12.2016	7 986 784	-	-	-	12 584 737	12 584 737

A Über-/Unterdeckung; **B** Wirtschaftlicher Anteil UPK Basel; **C** Wirtschaftlicher Anteil UPK Basel; **D** Veränderung erfolgswirksam;
E Ordentliche Beiträge PVE; **F** Vorsorgeaufwand

Die Totalrevision des Pensionskassengesetzes wurde im Jahr 2014 vom Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt verabschiedet. Der beschlossene Wechsel vom Leistungs- ins Beitragsprimat, die Senkung des technischen Zinssatzes von 4 % auf 3 % sowie der Wechsel ins System der Teilkapitalisierung sind auch für den Vorsorgeplan der UPK Basel massgeblich.

Das neue Gesetz ist per 1.1.2016 in Kraft getreten.

Die Überdeckung, welche per 31.12.2016 ausgewiesen wird, bezieht sich auf die letzten verfügbaren Abschlusszahlen der Einnahmen- und Ausgabenrechnung per 31.12.2015 des Vorsorgewerks. Ein aktuellerer Wert liegt nicht vor.

ERLÄUTERUNGEN ZUR ERFOLGSRECHNUNG

15 | NETTOERLÖSE AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN

CHF	2016	2015	Veränderung
Bruttoerlös stationär	93 250 280	90 687 084	2.8 %
Bruttoerlös ambulant	11 713 453	11 249 206	4.1 %
Bruttoerlös Übrige	15 614 161	14 649 522	6.6 %
Erlösminderungen	-1 321 566	-791 883	66.9 %
TOTAL NETTOERLÖSE AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN	119 256 328	115 793 930	3.0 %

Die Position Nettoerlös aus Lieferungen und Leistungen beinhaltet die Erträge aus medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Leistungen. Der Nettoerlös aus Lieferungen und Leistungen beinhaltet die anteiligen Behandlungskosten für stationäre Patientinnen und Patienten mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt in Höhe von CHF 37 214 681.– (2015: 35 621 692.–), die in den Transaktionen mit Nahestehenden erwähnt sind. Vom Kantonsanteil sind CHF 31 268 411.– (2015: CHF 29 741 795.–) für KVG und CHF 5 946 270.– (2015: CHF 5 879 898.–) für den Massnahmenvollzug verbucht.

16 | ANDERE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

CHF	2016	2015	Veränderung
Erträge Dritte	13 968 529	22 608 992	-38.2 %
Erträge Nahestehende	9 321 577	15 059 489	-38.1 %
TOTAL ANDERE BETRIEBLICHE ERTRÄGE	23 290 106	37 668 481	-38.2 %

In den Erträgen mit Dritten ist der Beitrag der Universität für Lehre und Forschung in Höhe von CHF 8 290 821.– (2015: CHF 8 190 874.–) berücksichtigt. Im Vorjahr beinhalteten die anderen betrieblichen Erträge auch eine erhaltene Erbschaft in der Höhe von CHF 9 754 643.–. Der Ertrag aus dieser zweckgebundenen Zuwendung wurde einem Drittmittel zugewiesen und hatte somit keinen Einfluss auf das Jahresergebnis.

Die Erträge mit Nahestehenden beinhalten gemeinwirtschaftliche Leistungen vom Gesundheitsdepartement im Umfang von CHF 5 430 800.– (2015: CHF 11 195 750.–) und vom Departement Wirtschaft, Soziales und Umwelt von CHF 1 804 000.– (2015: CHF 1 720 705.–) sowie Erträge vom Erziehungsdepartement in Höhe von CHF 937 000.– (2015: CHF 862 160.–).

17 | PERSONALAUFWAND

CHF	2016	2015	Veränderung
Löhne	88 301 737	84 882 888	4.0 %
Sozialleistungen	18 986 977	18 810 987	0.9 %
Arzthonoraraufwand	882 151	958 021	-7.9 %
Übriger Personalaufwand	2 006 406	1 591 695	26.1 %
TOTAL PERSONALAUFWAND	110 177 271	106 243 591	3.7 %

Der Personalaufwand beinhaltet Aufwand für Nahestehende in der Höhe von CHF 11 939 282.– (2015: CHF 11 748 089.–) für die Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse Basel-Stadt. Hinzu kommen Aufwandsminderungen beim übrigen Personalaufwand aufgrund Weiterverrechnung an das Justizdepartement im Betrag von CHF 140 981.– (2015: CHF 141 570.–).

Die Position Sozialleistungen enthält nebst den Beiträgen an die Pensionskasse Basel-Stadt auch die Beiträge an die Vorsorgeeinrichtung VSAO. Die Sozialabgaben in % der Löhne betragen 21.5 % (2015: 22.2 %).

Die Position übriger Personalaufwand beinhaltet vor allem die Aus-, Weiter- und Fortbildung der Mitarbeitenden sowie Kosten für die Personalbeschaffung.

18 | MATERIALAUFWAND

CHF	2016	2015	Veränderung
Arzneimittel (inkl. Blut und Blutprodukte)	2 335 745	2 462 564	-5.1%
Medizinische, diagnostische, therapeutische Fremdleistungen	2 238 098	2 591 066	-13.6%
Übriger medizinischer Bedarf	660 921	786 414	-16.0%
Total Materialaufwand	5 234 764	5 840 044	-10.4%

Unter der Position Materialaufwand sind sämtliche Positionen des medizinischen Bedarfs wie Arzneimittel, Material, Instrumente, Utensilien, Textilien, Film- und Fotomaterial, Chemikalien, Reagenzien und Diagnostika, medizinische, diagnostische und therapeutische Fremdleistungen und übriger medizinischer Bedarf zusammengefasst.

19 | ANDERE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Die anderen betrieblichen Aufwendungen umfassen die Kosten für die Lebensmittel, den Haushaltsaufwand, Unterhalt und Reparaturen, Aufwand für Anlagenutzung, Energieaufwand, Verwaltungs- und Informatikaufwand, übriger Patientenaufwand und übriger Aufwand.

20 | FINANZERGEBNIS

Der Finanzertrag umfasst die Zins- und Dividendenerträge sowie die realisierten und unrealisierten Kursgewinne aus den Wertschriften. Der Finanzaufwand enthält die Verzinsung des Kontokorrents mit dem Kanton Basel-Stadt (nahestehend) sowie die realisierten und unrealisierten Kursverluste aus Wertschriften.

TRANSAKTIONEN MIT NAHESTEHENDEN PERSONEN UND ORGANISATIONEN

Die in der Bilanz enthaltenen Guthaben und Verbindlichkeiten und die in der Erfolgsrechnung enthaltenen Transaktionen gegenüber nahestehenden Personen und Organisationen stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Kanton Basel-Stadt als Eigentümer.

Lieferungen und Leistungen mit nahestehenden Personen und Organisationen werden zu Dritt- resp. Marktpreisen abgewickelt.

ERFOLGSRECHNUNG IN CHF	2016	2015
Nettoerlös aus Lieferungen und Leistungen stationäre Versorgung	31 268 411	29 741 795
Nettoerlös aus Lieferungen und Leistungen Massnahmenvollzug	5 946 270	5 879 898
Nettoerlös aus Lieferungen und Leistungen übrige Nahestehende	4 866 935	4 409 932
Andere betriebliche Erträge	1 149 777	1 139 304
Gemeinwirtschaftliche Leistungen	8 171 800	13 778 615
TOTAL ERTRÄGE MIT NAHESTEHENDEN	51 403 193	54 949 543
Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS)	11 939 282	11 748 089
Lohnweiterverrechnungen	-140 981	-141 570
TOTAL PERSONALAUFWAND MIT NAHESTEHENDEN	11 798 301	11 606 519
Leistungsbezüge bei Dienststellen des Kantons Basel-Stadt	2 611 224	2 365 319
Zinsaufwand Kanton Basel-Stadt	108 315	80 586
Entschädigung an die Mitglieder des Verwaltungsrates	320 384	302 971
Sonstige Auslagen der Mitglieder des Verwaltungsrates	3 770	-
	3 043 693	2 748 876
TOTAL AUFWAND MIT NAHESTEHENDEN	14 841 994	14 355 394
TOTAL AUFWAND- UND ERTRAGSVOLUMEN	36 561 199	40 594 149

ZUSATZINFORMATIONEN

VERPFÄNDETE AKTIVEN

Baurechtszinspfandrecht: gesetzliches Pfandrecht für die Sicherstellung von Baurechtszinsen CHF 200 626.10.

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND -FORDERUNGEN

Es besteht per 31.12.2016 keine Eventualverbindlichkeit oder Eventualforderung.

NICHT ZU BILANZIERENDE VERPFLICHTUNGEN

	Fällig in 1 Jahr	Fällig in 2-5 Jahren	Fällig über 5 Jahren	Total
Baurechtszins	200 626	802 504	8 025 044	9 028 175
Mietzins	1 387 930	2 930 782	3 257 140	7 575 852

Es besteht ein Baurechtsvertrag mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2061, es ist ein jährlicher Baurechtszins von CHF 200 626.– geschuldet. Die Gesamtsumme des Baurechtszinses bis Ende Laufzeit wird sich auf CHF 9 228 801.– belaufen.

Es bestehen diverse langfristige Mietverträge mit verschiedenen Laufzeiten, für die ein jährlicher Mietaufwand von CHF 1 387 930.– geschuldet ist. Die Gesamtsumme der langfristigen Mietverpflichtungen beträgt bis Ende der jeweiligen Laufzeit CHF 7 575 852.–.

EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Es haben sich keine Ereignisse nach dem Bilanzstichtag ergeben.

Die Jahresrechnung wurde am 13. März 2017 vom Verwaltungsrat zuhänden des Regierungsrats verabschiedet. Sie unterliegt der Genehmigung durch den Regierungsrat Basel-Stadt.



KPMG AG
Wirtschaftsprüfung
Viaduktstrasse 42
CH-4002 Basel

Postfach 3456
CH-4002 Basel

Telefon +41 58 249 91 91
Telefax +41 58 249 91 23
Internet www.kpmg.ch

Bericht der Revisionsstelle an den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt zur Jahresrechnung

Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel, Basel

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Geldflussrechnung, Eigenkapitalnachweis und Anhang (Seiten 16 bis 40) für das am 31. Dezember 2016 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER und den gesetzlichen Vorschriften verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Verwaltungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Gesetz und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung vermittelt die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2016 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER und entspricht dem schweizerischen Gesetz.



*Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel, Basel
Bericht der Revisionsstelle
zur Jahresrechnung
an den Regierungsrat des
Kantons Basel-Stadt*

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher und anderer Vorschriften

Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz (RAG) und die Unabhängigkeit (Art. 728 OR) erfüllen und keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.

In Übereinstimmung mit dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

Ferner verweisen wir auf den Antrag zur Verwendung des Bilanzgewinnes zuhanden des Regierungsrats gemäss dem Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (ÖSpG).

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

KPMG AG

Stefan Inderbinen
*Zugelassener Revisionsexperte
Leitender Revisor*

Samuel Scheibler
Zugelassener Revisionsexperte

Basel, 13. März 2017



**Universität
Basel**

